



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 7. Juli 2017

PRESSEINFORMATION

Generelle Diesel-Aussperrung wäre unverhältnismäßige Enteignung: Witzel will Fahrverbote in Essen vermeiden

Der Essener FDP-Parteivorsitzende und Landtagsabgeordnete Ralf Witzel lehnt ein stadtweites Fahrverbot für Dieselfahrzeuge entschieden ab und warnt Behörden vor einem inakzeptablen wie folgenreichen Bürokratiemonster, wenn es absehbar zu einer generellen Untersagung von Diesel-Fahrzeugen auf innerstädtischen Straßen in der Stadt Essen kommen sollte.

Witzel hält die bereits bestehenden Mobilitätseinschränkungen durch die vollflächige Umweltzone im Revier für problematisch: „Es ist angesichts der weitgehenden Wirkungslosigkeit fragwürdig, schon heute Zehntausende Fahrzeuge ohne grüne Plakette pauschal vom innerstädtischen Verkehr auszusperrern. Eine flächendeckende Erweiterung des Fahrverbotes auf Dieselfahrzeuge würde faktisch zu einer unverhältnismäßigen Enteignung der Fahrzeugeigentümer führen. Weniger vermögende Gebrauchtwagenkäufer und viele kleine Gewerbetreibende wie Handwerksbetriebe leiden schon aktuell unter den bestehenden Einschränkungen. Der Kreis der negativ Betroffenen sollte nicht ständig erweitert werden. Gerade Kleinbetriebe und Mittelstand haben in der Regel speziell umgebaute Nutzfahrzeuge mit längerer Einsatzdauer, die nicht so schnell erneuert werden wie der Fuhrpark großer Konzerne mit deren oft nur auf kurze Zeit befristeten Leasingverträgen. Da ebenso einkommensschwächere Haushalte nicht ständig ihre Pkw erneuern können, bietet sich gerade für das Ruhrgebiet keine rechtliche Verschärfung an, die die bereits bestehenden Mobilitätseinschränkungen noch weiter ausdehnt.“

Die FDP erwartet statt Aktionismus ein ganzheitliches Luftreinhaltungskonzept für die Stadt, das alle relevanten Belastungsquellen umfaßt. Verbrennungsbedingte Emissionen von Fahrzeugen hätten nur einen geringen Anteil von rund zehn Prozent an allen Schadstoffemissionen. Folglich sei auch ihr Minderungspotential begrenzt.

„Es ist daher sachlich nicht zu rechtfertigen, die Diskussion über die Einhaltung von Grenzwerten bei der Luftreinhaltung allein auf die Autoabgase zu fokussieren. Schadstoffbelasteten Anwohnern ist nicht mit Verbotshysterie geholfen, sondern nur mit sachgerechten Lösungen, die ihre Zielsetzung auch erreichen“, bilanziert Witzel.